

IVdG

Interessenvertretung
der Gefangenen

JVA Butzbach

IVdG
JVA Butzbach
Kleebergerstraße 23
35510 Butzbach

Kopie

Hessisches Ministerium der Justiz
z.Hd. Justizministerin Frau Eva Kühne-Hörmann
- persönlich -
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden

Butzbach, den 29.09.2015

Betreff: "Der Notschrei"

Hier: Einladung zu einem außergewöhnlichen Meeting mit der IVdG

Sehr geehrte Frau Justizministerin Kühne-Hörmann,

wir von der IVdG (Interessenvertretung der Gefangenen) in der JVA Butzbach laden Sie hiermit zu einem außergewöhnlichen Meeting mit uns ein.

Mit Verlaub wenden wir uns direkt und bewusst an Sie, da wir von der Aufsichtsbehörde im HJM regelrecht im Stich gelassen werden. Trotz etlicher Beschwerden sind keine Signale erfolgt. Der Bock ist zum Gärtner gemacht.

Selbst bei unseren monatlichen Sitzungen gemeinsam mit der Anstaltsleitung werden die Probleme, die sich immer mehr zuspitzen, nicht ernstgenommen. Eine Eskalation wird sehenden Auges in Kauf genommen. In der Tat begreift man erst, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.

Wir wollen mit Ihnen versuchen, die immer mehr anfallenden Probleme zu lösen, Alternativen zu finden und Konfrontationen zu vermeiden.

Die IVdG und deren Mitglieder verlieren immer mehr des Vertrauens, dass die Mitgefangenen in uns setzen, die uns in der Hoffnung gewählt haben, wir würden ihre Interessen vertreten. Doch leider stoßen wir auf etliche Steine, welche man uns in den Weg legt. Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Neben den internen Problemen, die wir besprechen und lösen möchten, soll es auch um das Thema der vollen Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern gehen. Nach § 21 i.V.m. § 54 BGB und dem Art. 9 Abs. 3 GG ist die Koalitionsfreiheit und darunter die Gewerkschaftsgründung von Gefangenen legitimiert.

Schon jetzt fordert die GG/BO - Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation, der wir uns anschließen:

- 1.) Mindestlohn und Einzahlung in die Rentenversicherung für alle Gefangenen
... Arbeiterinnen und Arbeiter
- 2.) Wegfall der Arbeitspflicht in hessischen Anstalten
- 3.) Her mit der Tariffähigkeit
- 4.) Volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern
- 5.) Kein Gefängnis ohne Gefangenen-Gewerkschaft
- 6.) Solidarität drinnen und draußen

Der Gründer der GG/BO Herr Oliver Rast hat dafür im Mai 2014 in der JVA Berlin-Tegel den Grundstein gelegt. Sitz der Organisation ist im "Haus der Demokratie und Menschenrechte" Greifswalder Straße 4 in 10405 Berlin.

Es ist dieses zur Zeit "perfide Strafvollzugs-System", dessen Entwicklung schon zu Zeiten Herrn Roland Kochs begann, welches den Rückfall der Gefangenen provoziert, weil es sich nicht an seine eigenen Gesetze und Verordnungen hält.

Sie selbst sagten letztes Jahr in einer Pressekonferenz:

"Der Resozialisierungsgedanke müsste jetzt endlich mal im Gesetz verankert werden."

Wir sagen: taten statt Warten. Je länger sich Menschen in Haft befinden, umso unwahrscheinlicher wird auch eine gelingende Resozialisierung. Man muss bedenken, dass wir morgen schon wieder Ihre Nachbarn sein werden.

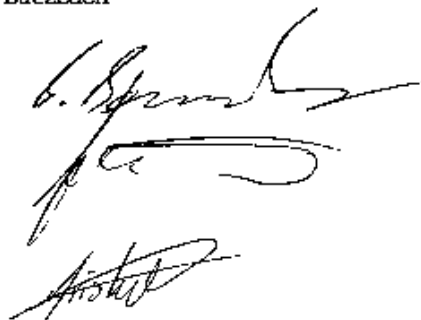
In der Tat korrumpiert Macht. Das Dilemma der Justiz besteht darin, dass die staatsverstärkten Verbrechen häufig mit den Mitteln des "Rechts" begangen werden. "Princeps legilus solistus"

"Unsere Richter achten das Grundgesetz so sehr, dass sie es nur an hohen Festtagen anwenden", sagte schon der SPD-Rechtspolitiker Dr. Adolf Arndt.

In der Hoffnung, Sie werden unserer Einladung nachkommen und der Bitte um eine baldige Antwort verbleiben wir mit besten Grüßen.

Hochachtungsvoll

Die Mitglieder der IVdG der JVA-Butzbach



Anlagen:

- Punkt 1 - 21; Forderungsschreiben der GG/BO vom 01.10.2015
- Info-Blatt der GG/BO von Ende August 2014

"Wir von der IVdG fordern im Namen aller Gefangenen volle Gewerkschaftsfreiheit hinter Gittern"

- 1.) Gesetzlicher Mindestlohn für freiwilliges Verrichten von Arbeiten.
- 2.) Einführung einer Rentenversicherung für alle arbeitenden Gefangenen
- 3.) Monatliches Taschengeld in Höhe des Hartz IV Satzes für unbeschäftigte Gefangene, die unverschuldet keine Arbeit haben
- 4.) Verpflichtung zur Erhöhung der sogenannten Verpflegungssätze um den Faktor 3
- 5.) Die sofortige Abschaffung der Arbeitspflicht
- 6.) Sofortige Kündigung von Firmen wie "Telio" und deren Dienste sowie die Abschaffung von Stromkosten und Gebühren für TV-Empfang
- 7.) Das Recht der Gefangenen E-Mails versenden und empfangen zu können sowie Zugang zum Internet
- 8.) Die Verpflichtung der Vollstreckungsbehörden monatlich mindestens zweimal Kontoauszüge mit allen Bewegungen an alle Gefangenen automatisch auszuhändigen
- 9.) Das Arbeitsentgelt entsprechend den gesetzlichen Regelungen spätestens zum letzten Bankarbeitstag des Erbringungsmonats zu buchen und nicht erst im Folgemonat
- 10.) Beantragte Überweisungen innerhalb weniger Werktage durchzuführen
- 11.) Vollzugsplanfortschreibungen in Abständen von drei Monaten durchzuführen bzw. sich überhaupt an die schon geltenden Regeln zu halten
- 12.) Gefangene bei beabsichtigten Verlegungen mindestens eine Woche zuvor zu unterrichten
- 13.) Die Verpflichtung der Vollzugsbehörden, den Empfang von Klageschriften Gefangener schriftlich zu dokumentieren und diese auf dem sogenannten Dienstweg kostenlos zu transportieren
- 14.) Freie Arztwahl auch für Gefangene
- 15.) Die Verpflichtung, die Einkäufe der Gefangenen in Eigenregie durchzuführen und die Waren zum Selbstkostenpreis weiterzugeben (Vermeidung externer Anbieter und von Wucherpreisen)
- 16.) Möglichkeiten des unbeschränkten Paketempfangs
- 17.) Die Möglichkeit des unbeschränkten Empfanges von sogenannten Langzeithesuchen für alle Gefangenen sowie die Möglichkeit die Ehe hinter Gittern zu vollziehen
- 18.) Abschaffung der staatsanwaltlichen Beteiligung bei beantragten Strafaussetzungsverfahren
- 19.) Abschaffung des "Verlegungskarussells" unliebsamer Gefangener
- 20.) Das Verbot der vielfach perfiden eingesetzten Möglichkeiten Gefangene mit "Hausstrafen" zu disziplinieren und zu isolieren; ein derartiges Vorgehen sollte ausschließlich den Strafvollstreckungskammern vorbehalten sein

21.) Automatische Beiordnung von Pflichtverteidigern bei Disziplinarmaßnahmen
und Akteneinsicht

Bei allen 21 Punkten und darüber hinaus werden wir von der GG/BO unterstützt. Ohne eine breite Unterstützung wird es keine Änderungen dieses zum Teil perfiden Strafvollzugssystems geben, welches den Rückfall von Gefangenen produziert, weil es sich oft nicht an seine eigene Gesetzgebung und Verordnungen hält.

"Der Vollzug der Freiheitsstrafe, der den Gefangenen entmündigt und gegenüber der Lebenswirklichkeit isoliert, vertieft und verstärkt geradezu selektiv dieselben Persönlichkeitsmängel, die seine kriminellen Fehlentwicklungen verursacht haben."
Professor Achim Mechler

Die Interessenvertretung bittet Sie, sich der Herausforderung zu stellen und unserer Einladung eines gemeinsamen Treffens nachzukommen.

Für eine kurze Resonanz wären wir Ihnen sehr dankbar, verehrte Frau Justizministerin.

Hochachtungsvoll

IVdG Butzbach